

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/75

Hannover, 16. September 47
Telefon: 20351/52

Vorhergehend für die Berater unseres Dienstes!
Wir weisen auf diesen besonders instruktiven Beitrag
nachdrücklich hin, zumal wir glauben, daß man diesem
Thema in der nächsten Zeit größte Aufmerksamkeit
schenken wird.

Die "Schwarze Reichswehr 1947"

Lebende und Wirklichkeit um die Dienstgruppen in der britischen Zone

H.F.K. Untz, der angeführten Hauptüberschrift beschäftigte sich die "Weltbühne" Nr. 10, 2. Maiheft 1947 mit den Dienstgruppen in der britischen Zone. Schon die Wahl der Überschrift zeigt, worin der Verfasser - selbst ehemaliger Angehöriger der DG - den Schwerpunkt dieser Organisation erblickt. Zentraler wird den Dienstgruppen vorgeworfen: Sie seien ein "militärisches Instrument" und in ihren Reihen herrsche ein derartig faschistischer und militärischer Geist, daß für demokratische Parteilätigkeit keine Möglichkeit vorhanden sei.

Diese Vorwürfe sind ebenso unzutreffend wie zweckbedingt. Wer Gelassenheit hatte, die Dienstgruppen und ihre Arbeitsweise genau und unvoreingenommen kennenzulernen, konnte leicht feststellen, daß sowohl der in ihnen herrschende Geist als auch ihre Organisationsform die Gefahr des Entstehens einer militärischen Institution von vornherein ausschloß. Der Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht, aus deren Resten die Dienstgruppen gebildet wurden, strahlte so stark auf die Mortalität der Dienstgruppenangehörigen aus, daß nichts als desillusionierte und nur schwach disziplinierte Gruppen entstehen konnten. Jeder Fachmann weiß, daß mit solchen Einheiten in einem modernen Krieg kaum etwas anzufangen ist. Darüber hinaus haben die in Gefangenenerlagern angeworbenen (oder besser: bestimmten) Leute zum großen Teil von Anfang an nur einen Wunsch gehabt: so schnell wie möglich nach Hause zu kommen! Die hohe Zahl der "Deserteure" in den letzten zwei Jahren und der immer noch verhältnismäßig große Prozentsatz von Leuten, die sich in diesem Sommer nicht freiwillig weiter verpflichteten, bestätigen diese Annahme.

Die Hauptgefahr, die diese Dienstgruppen sowohl für ihre Angehörigen als auch für das wirtschaftliche und politische Leben der britischen Besatzungszone bildeten und heute im verstärkten Maße bilden, liegen ganz woanders. Um das, was die Dienstgruppen waren und was ihre Nachfolgeorganisation darstellt, klar zu umreißen, soll zunächst, wenn

auch nur skizzenhaft, der Werdegang dieser Organisation dargestellt werden.

Die Dienstgruppen (DG)

Die DG entstanden in den Nachmittagen 1945. Sie wurden zusammengestellt aus deutschen Soldaten und Offizieren in britischen Gefangenenlagern. Voraussetzung war fachliche Eignung für vorgesehene Aufgaben. Es gab also Kraftfahrer, Nachrichtenleute, Pioniere usw. und diese wurden für Transport-, Bau- und Minieraufgaben eingesetzt. Leitung der so gebildeten Einheiten übernahmen deutsche Offiziere mit "fachlicher Eignung". Bekleidung, Ausrüstung und Ernährung waren gut. Die DG wurden englischen Dienststellen unterstellt und arbeiteten für diese. Bezahlung erfolgte bis Sommer dieses Jahres aufgrund der ehemaligen Dienstgrade, nicht aufgrund der Leistung.

Es entstand also hier eine Organisation aus Kriegsgefangenen, die in militärischen Gliederungen für Nachschubzwecke der Besatzungsmacht eingesetzt wurde. Gefangene im eigenen Land und Angehörige einer Arbeitsorganisation, die nach ihrer Meinung ohne Sinn sowohl für ihre eigene als auch für die Zukunft ihres Volkes war. Die Folgen blieben nicht aus. "Lahnenflucht" - von einer Truppe ohne Lahn - schlechte Arbeitsleistungen und kriminelle Delikte wurden immer häufiger. Die zum großen Teil aus belgischen Lagern kommenden Dienstgruppenleute benutzten den ihnen in die Hände gegebenen Apparat (Kraftfahrzeuge, Material usw.) zunächst - oft kompanieweise - um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Nachdem sich dieses Spiel eingespielt hatte, war von da bis zur persönlichen Bereicherung in Verbindung mit dem Schwarzen Markt nur ein Schritt. Ein ehemaliger deutscher Generalstabsoffizier, der im Betreuungswesen der Dienstgruppen tätig ist, erklärte uns dazu, daß die DG im letzten halben Jahr sich - wie schon früher befürchtet wurde - im schlechten Sinne entwickelt haben. Dies geht so weit, daß man stellenweise schon heute von organisierten Banden sprechen kann. Landräte und andere Behörden lehnen es ab, mit diesen Organisationen zu verhandeln.

Und hier - und nicht so sehr in ihrer faschistischen und militaristischen Verseuchung - liegt die eigentliche Gefahr, die diese DG bilden. In den zwei Jahren ihres Bestehens haben keine nennenswerten Beeinflussungen der überwiegend jungen Leute in einem demokratischen und staatsbürgerlichen Sinne stattgefunden. Von wem auch? Die Gruppen wohnten kaserniert, ihre Führung war, wie nicht anders zu erwarten, zu 95 Prozent weder geeignet noch gewillt, eine dazwischenliegende Aufgabe zu übernehmen. Als nun Ende 1946 den Dienstgruppenangehörigen politische Betätigung im begrenzten Umfange gestattet wurde, wandte sich die Sozialdemokratie mit einem Flugblatt direkt an den betreffenden Personenkreis und forderte diesen auf, aus seiner politischen Abgeschlossenheit herauszutreten und am Schicksal unseres Volkes aktiv Anteil zu nehmen. In diesem Flugblatt wurde auch gesagt, was die SPD - wenn schon DG sein müssen - für diese fordert:

- Entfernung aller nazistischer und militaristischer Elemente, vor allem aus der Führung;
- Aufbau auf der Grundlage der Freiwilligkeit;
- Führung durch Fachkräfte;
- Schaffung von Vertrauensräten auf demokratischer Grundlage;
- Bezahlung nach Leistung, berufliche Fortbildungskurse, Einschaltung der Gewerkschaften.

Die Resonanz dieses Flugblattes war groß. Viele junge Leute aus den DG kamen mit Kreisen der Sozialdemokratie in Berührung und sind inzwischen überzeugte Anhänger des demokratischen Sozialismus geworden.

Die GOLO (German Civilian Labour Organisation)

Mit dem Stichtag vom 1. August wurden die Dienstgruppen in die GOLO (Deutsche zivile Arbeitsorganisation) umgewandelt. Die Dienstgruppenangehörigen wurden gefragt, wer sich freiwillig für ein halbes Jahr dieser Organisation verpflichten wolle. Die Freiwilligen haben inzwischen einen Arbeitsvertrag unterschrieben, jene, die nicht "kapitulierten", werden nach wie vor als Kriegsgefangene geführt, sollen aber, neuen Nachrichten zufolge, bis zum 31.12.47 entlassen werden.

In einem Aufruf werden die Bedingungen der deutschen zivilen Arbeitsorganisation wie folgt bekanntgegeben: Lohn gemäß Tarifordnung, bezahlter Urlaub, übliche Sozialversicherung, Gestellung von Unterkunft, Heizung und Verpflegung (Schwerarbeiterzuschüsse). Dafür werden RM 5.-- wöchentlich vom Arbeitnehmer bezahlt. RM 50.-- Trennungs- und Ortswechselzulage für Verheiratete. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Überstunden, falls erforderlich, werden vergütet. Weiter verpflichten sie sich, alle rechtmäßigen Befehle, die von irgend einem Vertreter der Militärregierung gegeben worden, zu befolgen. Das GOLO-Personal kann den Gewerkschaften beitreten, die Bildung von Betriebsräten ist statthaft.

Ein großer Teil ehemaliger Dienstgruppenangehöriger, darunter sehr viele Offiziere, haben diese Verträge unterschrieben. In jeder Dienstgruppe ist eine bestimmte Anzahl von Planstellen vorhanden, die Inhaber dieser Planstellen werden als Gesellen bzw. Meister ihres Handwerks bezahlt. Sind mehr Fachkräfte als Planstellen vorhanden, so werden diese überschüssigen Fachkräfte als ungelernete oder angelernte Arbeiter beschäftigt und bezahlt. Bei der Überführung der DG in die GOLO hat sich nun herausgestellt, daß alle jene Leute, die die Fähigkeit und den Willen haben, in ihrer Heimat am Neubau des deutschen Volkes mitzuarbeiten, sich nicht länger verpflichteten. Ausnahmen bilden lediglich die aus der Ostzone stammenden Facharbeiter. Es hat sich weiter erwiesen, daß Leute, die politisch einwandfrei sind, selbstverständlich nach Hause wollen. Auch hier mit der Ostzone als Ausnahme. Es hat sich aber zum Schluß gezeigt, daß gerade unter den ehemaligen Offizieren ein sehr hoher Prozentsatz sich vollkommen darüber im klaren ist, daß er nirgends besser als in dieser freiwilligen Arbeitsorganisation aufgehoben ist. Mit anderen Worten: Dienstgruppen minus einwandfreies Personal bilden die freiwilligen Arbeitsorganisationen!

Die Meinung der SPD

Die Sozialdemokratie hat diesen Vorgang sehr genau beobachtet und ist sich darüber im klaren, daß hier zwar keine Schwarze Reichshierarchie entsteht, daß aber das Fortbestehen dieser Organisation in der oben skizzierten Form sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische Gefahr für den Neubau des deutschen Staates im allgemeinen und für die britische Besatzungszone im besonderen darstellt. Wenn

schon die Besatzungsmächte, da sie aus wirtschaftlichen Gründen die Besatzungstruppen vermindern wollen, eine Hilfsorganisation brauchen, so kann sich die deutsche Sozialdemokratie damit nur dann einverstanden erklären, wenn die im vorstehenden Flugblatt umrissenen Forderungen verwirklicht werden. Diese Forderung liegt zweifellos nicht nur im Interesse der deutschen Völklichkeit, nicht nur im Interesse der Angehörigen der Arbeitsorganisation, sondern auch durchaus im Interesse der Besatzungsmächte selbst.

Wir können uns vorstellen, daß man für diese Organisation eine Vertretung schafft, in der vor allem auch Vertrauensleute der Gewerkschaften darüber wachen, daß die Ausbildung dieser jungen Leute in fachlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht nicht mehr wie bisher völlig ungeeigneten ehemaligen Offizieren unterstellt wird. Wir können uns weiter vorstellen, daß diese Vertretung durch Ausleseung der Geeigneten und durch Erziehung der Ungerechten ein wahrhaft soziales und demokratisches Instrument schafft, das, verbunden mit dem Schicksal seines Volkes, den Besatzungsmächten bessere Dienste leistet, als dies von einer Organisation zu erwarten ist, die in Geist und Form nichts weiter als ein landeknechtliches Regiment ist.

Die Hoffnung der Ostzone

Von Robert Botzat

Ein Blatt der amerikanischen Militärregierung in Deutschland schrieb kürzlich "und wieder spielt die anständigste Rolle die deutsche Sozialdemokratie. Sie als einzige hat Charakter genug, zu kämpfen statt zu kapitulieren, zu leiden, statt zu liebäugeln. Das Verantwortungsfühl Europa gegenüber war bei den Sozialisten stärker als das Parteidogma."

"Nicht nur Europa, auch Deutschland gegenüber", möchte man in einer merkwürdigen Umkehrung einer zukunftsfröhlichen politischen Programmatik hinzufügen. Die SPD hat keine Gelegenheit ausgelassen, ihre eigene Verbundenheit und die des westlichen Deutschland mit der Ostzone zu proklamieren. Dies schien umso notwendiger, als mancherlei Maßnahmen der russischen Besatzungsmacht zu einer Entfremdung der östlichen Deutschen von denen des Westens führten. In übrigen aber bahnte sich eine Entwicklung an, die dadurch gekennzeichnet war, daß manche Deutsche des Westens glaubten, auf ihre Brüder im Osten in einer armsüßbilligenden Mitleides herabblicken zu können. Eine Anschauung fand gelegentlich im Westen Verbreitung, nach der im Osten der moralische und kulturelle Widerstand bereits so geschwächt wäre, daß es kaum allzu schmerzlich sei, wenn man jenen Teil Deutschlands abschreibe. Solchen äußerst anfechtbaren Auffassungen trat die SPD entgegen. Hier erkannte sie vor allen anderen die einer deutschen Partei gestellte Aufgabe. Sie beschränkte sich nicht darauf, die Zustände der Ostzone zu kritisieren, sondern sie betonte unablässig, daß dieses Gebiet ein integrierender Bestandteil, ein Lebensfaktor Deutschlands sei.

Außerdem aber besaßen die Sozialdemokraten von Anfang an den Mut, sich europäisch und deutsch zugleich, auf keinen Fall aber nur

amerikanisch, russisch oder englisch zu geben. Wenn Schumacher den Finger in die Wunden der Ostzone, ebenso aber in die Wunden legte, die die alliierte Politik in Deutschland verursachte, so bewies allein die Resonanz, die er im Ausland fand, wie richtig der von der SPD eingeschlagene Weg war.

Mit dem Lächeln von Juguren glaubte man das sozialdemokratische Bemühen um die Ostzone als eine nicht ungeschickte Taktik, jedoch ohne praktische Erfolgsmöglichkeiten abtun zu können, und man behauptete, die SPD zöge aus der Tatsache ihrer Abwesenheit im Osten einen propagandistischen Nutzen - mehr zu erreichen sei auch ihr nicht beschieden. Die Sozialdemokraten hätten sich entweder auf eine westliche Zonenpolitik oder auf einen Kompromiß mit dem Osten einlassen können, wobei sie weniger Demokratie und mehr einen russischen Sozialismus hätten gutheißen müssen - dies aber wäre eine Betrug am Westen und am Osten gleichgekommen.

Für die deutschen Sozialisten ist es zu einer Pflicht geworden, die Ostzone von einem gewissen Komplex der Minderwertigkeit zu befreien, und sie vor allem aus jenem Aschenbrötelhäusein herauszubringen, das sie mit der Arbeit an uferlosen Reparationsleistungen weit mehr belastet als den Westen. Der Osten hat viele Ursachen, Komplexe zu entwickeln. Dort nehmen die demokratischen Einrichtungen ab anstatt zu, dort verringert sich das Verkehrsnetz von Monat zu Monat, dort diktiert wieder eine Minderheit und dort wird kein Marshall-Plan den Hoffnungsfunken entzünden.

Dies alles hätte in den Menschen des Ostens längst die entmutigende Überzeugung und das ohnmächtige Gefühl hervorbringen können, sie seien dem anderen Teil der Welt zugeschlagen und vom Osten abgeschrieben - wenn die SPD diesen trüben Erwägungen nicht mit Macht entgegengetreten wäre.

Schumacher hat sich in allen seinen Reden der letzten Zeit mehr an die Bevölkerung der Ostzone als an die des Westens gewandt. Und er tat recht daran! Denn es ist nachzuprüfen und festzustellen, daß die SPD die Hoffnung der Ostzone geworden ist. Eine Hoffnung, die nichts mit einem überspannten und wirklichkeitsfremden Optimismus zu tun hat. Sie erhält das Gefühl der Zusammengehörigkeit ohne einen Nationalismus zu entwickeln. Das wichtigste aber ist die Tatsache, daß niemand berechtigt oder befähigt ist, eine Abtrennung der Ostzone vom übrigen Deutschland vorauszusagen. Es gibt mehrere Möglichkeiten der weiteren Entwicklung - vielleicht kommt es zu einem bedeutenden Grade darauf an, eine Atmosphäre zu schaffen, die eine heute noch von gewisser Seite praktisch betriebene endgültige Teilung Deutschlands in Ost und West einst allen Beteiligten als unmöglich erscheinen läßt.

Es ist die Hoffnung der Ostzone, daß die Partei der Sozialdemokratie neben einer europäischen auch eine bewußte deutsche Politik betreibt.

Nachwort zu Southport

Deutsche Eindrücke von einem britischen Gewerkschaftskongreß

Hans Bückler, der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Britische Zone) kehrte dieser Tage aus England zurück, wo er als Gast dem 79. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften in Southport beigewohnt hatte. Bückler, der die freundschaftliche Annahme besonders hervorhob, die ihm von den englischen Gewerkschaftskollegen dort zuteil wurde, zeigte sich besonders beeindruckt von der Ruhe und Selbstsicherheit, mit der die britische Gewerkschaftsbewegung der augenblicklichen Wirtschaftskrise in England entgegentritt.

Die Verhandlungen des Kongresses, der von 836 Delegierten für 187 Gewerkschaften mit 7 540 397 Mitgliedern besetzt war, standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses des ganzen Landes. Auch die konservative Presse war in ihrer Kritik im besten Sinne des Wortes fair und aufbauend, sie beachtete die Entwicklung des Kongresses mit ehrlichem demokratischem Interesse und aufrichtiger Anerkennung der gewerkschaftlichen Bedeutung im Leben des Landes. Im Mittelpunkt der Beratungen standen natürlich jene Maßnahmen und Pläne, die mit der Überwindung der Wirtschaftskrise in England in Verbindung stehen. Daneben die Auswirkungen, die sich aus diesen Verhältnissen auf die Sozialisierungspläne und sonstigen Programmpunkte der Arbeiterregierung beziehen.

Es waren zum großen Teil dieselben Fragen, die - wenn auch unter anderen Voraussetzungen - die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute beschäftigen: die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie, die Fragen der Arbeitsverpflichtung, der Fünftagewoche, der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betriebsleitung usw. Besonderen Raum in den Verhandlungen nahmen die Debatten über die Maßnahmen zur Produktionssteigerung ein, die von allen gefordert wurde und von den Gewerkschaften in ihren praktischen Auswirkungen getragen werden muß. Die große politische Rede Bevin's und auch die Reden der anderen Minister der Labour Party gaben Veranlassung zu mancher kritischen Bemerkung der Gewerkschaftsvertreter zu der Regierungspolitik, aber sowohl die Kritik als auch die Abstimmungen bewiesen die Reife und das hohe Verantwortungsbewußtsein der englischen Gewerkschaften und ihrer Funktionäre.

Die Ausführungen des Arbeitsministers Isaac gaben interessante Mitteilungen über die Lage des Arbeitsmarktes. Danach betrug im Juni 1947 die arbeitende Bevölkerung Großbritanniens einschließlich der Armee 20 157 000, davon 5,7 Millionen Frauen. Das sind 407 000 mehr als im Jahre 1939, aber 244 000 Männer weniger. Davon waren für zivile Arbeit trotz der noch beachtlichen Stärke der Armee im Juni 1947 noch 18 360 000 Arbeitskräfte zur Verfügung gegen 17 920 000 im Jahre 1939. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Jahre 1939 noch 1 260 000, dagegen im Juni 1947 256 000. Die Pläne zur Lenkung und "Dienstverpflichtung" der Arbeitskraft fanden eine sehr kritische Beurteilung, wenn auch allgemein anerkannt wurde, daß besondere Maßnahmen zur Überwindung der Krise notwendig waren.

Alles in allem bewies der Gewerkschaftskongreß die entscheidende Rolle der britischen Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Leben des

Landes und gleichzeitig das hohe Verantwortungsbewußtsein, in dem in lebendiger demokratischer Tradition gerade diese Vertretungsform der Schaffenden ihrer Aufgaben gerecht wird.

Französische Zeitung für deutschen Wiederaufbau
 Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die bedeutende französische Abendzeitung "Le Monde" hat unter der Überschrift "Kein Europa ohne Deutschland" einen für die französische Atmosphäre höchst überraschenden Artikel veröffentlicht. Es wird darin festgestellt, daß Europa ohne die deutsche Industrie nichts anderes werden würde als eine amerikanische Kolonie, während Deutschland ohne eine europäische Hoffnung nur an die Arme Rußlands treiben lassen könne. "Die Schicksale Deutschlands und Europas sind unweigerlich miteinander verkettet, und eine europäische Wiedergeburt ist undenkbar ohne eine deutsche Wiedergeburt".

Der französische Journalist empfiehlt seinen Landsleuten, die deutsche Frage in Zukunft leidenschaftlos und rein sachlich zu beurteilen: Deutschland bestehe nun einmal und man müsse seinen Menschen eine angemessene Lebensmöglichkeit lassen, denn "für ein Deutschland, das jeder Zukunft beraubt ist, bleibt immer noch eine Zukunft: der Kommunismus.... Aber ein kommunistisches Deutschland, das heißt sehr schnell ein kommunistisches Europa".

"Le Monde" sieht nur eine Lösung: ^{den} gemeinsamen Wiederaufbau Deutschlands und Europas im Rahmen eines progressiven europäischen Föderalismus. Die deutsche Industrie sollte nicht von den Alliierten kontrolliert werden, sondern, wie die Industrien aller anderen europäischen Völker, durch eine europäische Kommission unter gleichberechtigter Beteiligung Deutschlands. Das gleiche System sollte für die Verteilung der Kohlenvorräte Anwendung finden. "Dann wird für Deutschland nicht mehr der Kommunismus oder der Nationalismus die einzige Hoffnung sein, sondern es wird von der gleichen Hoffnung durchdrungen, wie alle anderen europäischen Völker: der auf den Aufbau eines Europas, das unabhängig sowohl von der russischen Ideologie als auch von den amerikanischen Erzeugnissen ist".

Wenn sich der Verfasser dieses Artikels auch zweifellos von anti-kommunistischen Motiven hat leiten lassen, so ist es doch sehr erfreulich, daß eine große Pariser Zeitung wie "Le Monde" in dieser eindeutigen Form für den Wiederaufbau Deutschlands im Interesse einer friedlichen, europäischen Zusammenarbeit Stellung nimmt. Dadurch wird erneut, zwei Jahre nach Beendigung des hitlerischen Angriffskrieges, einer französisch-deutschen Verständigung der Weg geebnet.

Geistige Schulung deutscher Kriegsgefangenen in Frankreich

A.F. Paris, Mitte Sept. 47

Die französischen Behörden haben sogenannte Kriegsgefangenenuniversitäten eröffnet, und zwar für Offiziere in St. Denis bei Paris, für Soldaten in Orléans und in Lyon außerdem eine Art Volkshochschule. Das Lehrpersonal wurde den Kriegsgefangenenlagern entnommen. Es hat das Recht, die Kurse ziemlich unabhängig zusammenzustellen. In St. Denis

werden etwa 60 Offiziere in sechsmonatlichen Kursen ausgebildet. Sie sollen nach Beendigung dieses kurzen "Studiums" entlassen und in der deutschen Verwaltung verwendet werden. Der größte Wert wird auf die staatspolitische Erziehung gelegt und nicht auf die rein fachliche Bildung. Bekannte Franzosen haben übrigens bereits als Gäste in St. Denis Vorträge gehalten, wie der ehemalige Botschafter in Berlin, Francois-Poncet oder der Schriftsteller Mauriac.

Die französische Initiative verdient volle Anerkennung. Leider scheinen aber die praktischen Ergebnisse der Kurse nicht sehr ermutigend zu sein, zumindest was das Lager von St. Denis betrifft. Die verantwortlichen französischen Offiziere enthalten sich aus Achtung für die geistige Freiheit bewusst jeder Einmischung. Die Auswahl der verantwortlichen deutschen Professoren war wahrscheinlich politisch gesehen nicht sehr glücklich, ebensowenig wie diejenige mancher französischer Gastredner.

Der innere Feind

H.K. Vor uns liegt eine Speisekarte von Köhler's Strandhotel auf der Insel Borkum. Sie berichtet über das "Souper", das die dort versammelten Schieber am Donnerstag, d. 21. August 1947, verspeist haben. Es bestand aus:

Muschel-Cocktail mit Röstbrot, Fleischbrühe mit Einlage, Fisiertes Rindersteak mit Blumenkohl und Salzkartoffeln, Griesflammeri mit Fruchtstücke. Dafür mußten abgegeben werden: 150 g Fleisch, 150 g Brot, 20 g Fett, 75 g Nährmittel, 20 g Zucker, 2/ Kartoffelmarken.

Im Monat August hat es für den Normalverbraucher 300 g Fleisch gegeben. Ein arbeitender Mensch mußte also 30 Tage lang davon leben. Einer der Schwarzmarktkapitäne verzehrte diese Monatsration jedoch in zwei Tagen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß so feine Leute sicher auch mittags Fleisch brauchen und außerdem noch ihr Frühstücksbrot mit Wurst belegen müssen, um bei Käften bleiben zu können.

Unser Vorschlag ist, man sollte einmal die Liste der Leute, die an diesen Souper teilgenommen haben, ermitteln, ihren Namen mit Adresse öffentlich und es dann ihren weniger glücklichen Nachbarn überlassen, sich näher mit diesem Skandal zu befassen, nachdem doch offenbar die zuständigen Behörden dazu nicht in der Lage sind.

Es ist zwar von ein paar Razzien in den Schieberparadiesen berichtet worden, man hat aber bisher noch nicht gehört, daß auch nur einer von diesen Schlachtfeldhyänen drastisch dafür bestraft worden ist, daß er durch sein Verhalten auch heute noch die Nazimethoden fortsetzt. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß die meisten von denen, die es sich jetzt in dem allgemeinen "Lend so wohl gehen lassen, diese Schamlosigkeit früher in Polen, Holland, Frankreich oder sonstwo geübt haben. In Ermangelung fremder Völker stürzen sie sich nun auf ihr eigenes Volk.

Sucht den inneren Feind auf!